



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Doris Rauscher, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Nata-scha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann und Fraktion (SPD)**

Antisemitismus in Bayern: Straftaten konsequent verfolgen – Politisch-historische Bildung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, neben der harten strafrechtlichen Verfolgung von antisemitischen und rechtsterroristischen Taten stärkere Anstrengungen zu unternehmen, der Entstehung von Antisemitismus vorzubeugen.

Folgende präventive Maßnahmen sollen ergriffen werden:

- Die Staatsregierung soll sicherstellen, dass politische Bildung in ausreichendem Maße in allen Bildungsgängen verankert wird (allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen, Jugend- und Erwachsenenbildung, Aus- und Weiterbildung).
- Hochschulen müssen die politische Bildung aller Studierenden und insbesondere aller Lehramtsstudierenden fördern.
- Politische Bildung braucht eine institutionalisierte fachdidaktische Forschung an den Hochschulen. Sie benötigt ein unabhängiges, forschungsorientiertes Institut für die Didaktik der Demokratie.
- Die Kompetenz der Einrichtungen der politischen Bildung muss auch für staatliche Maßnahmen zur Integration und Wertevermittlung genutzt und entsprechende Maßnahmen gefördert werden.
- Darüber hinaus müssen die Erinnerungsorte deutlich besser ausgestattet werden. Der Landtag hat sich in der Plenarsitzung am 22. April 2015 fraktionsübergreifend dafür ausgesprochen, allen

Schulen in Bayern einen Besuch der in Bayern zur Verfügung stehenden historischen Orte zu empfehlen. Wenn alle Schülerinnen und Schüler einmal in ihrer Schulzeit eine KZ-Gedenkstätte und/oder ein NS-Dokumentationszentrum besuchen sollen, muss der Freistaat für dieses Ziel die Basis bereitstellen. Die Bildungsangebote müssen an allen Erinnerungsorten dem neuesten Stand der Pädagogik entsprechen. Außerdem sind zeitgemäße und mehrsprachige Ausstellungskonzepte, der Ausbau der räumlichen Angebote und die intensive Vor- und Nachbereitung im Unterricht zu fördern.

Begründung:

Die Mahnung „Nie wieder!“ darf nicht nur in Reden zu Gedenktagen beschworen werden, sie muss auch im Alltag Handlungsrichtlinie sein. Versuche, den Holocaust zu relativieren bzw. die Erinnerungskultur zu verunglimpfen, müssen entschieden zurückgewiesen werden. Äußerungen wie die von Björn Höcke können nicht toleriert werden.

Der Antisemitismus schlägt sich nicht nur verbal nieder. Er mündet immer mehr in Straftaten.

Die Zahl der antisemitischen Straftaten in Bayern ist im vergangenen Jahr dramatisch angewachsen. Das belegen vorläufige Zahlen, wie eine Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher ergeben hat. Während im Jahr 2015 noch insgesamt 132 antisemitische Straftaten im Freistaat Bayern registriert wurden, stiegen die Fälle im vergangenen Jahr auf 176. Das ist ein Plus von 33 Prozent. Zugleich nahm auch die Schwere der Taten zu. Wurden 2015 noch drei Fälle von Körperverletzung registriert, waren es 2016 neben zwei Körperverletzungen auch ein Mord und ein Fall von Totschlag, die antisemitischen Tätern zugeordnet werden.

Diese Entwicklung ist alarmierend. Die Staatsregierung muss alles daran setzen, die antisemitischen Straftaten aufzuklären und weitere Straftaten durch präventive Maßnahmen wie insbesondere Bildung und Aufklärung zu verhindern.